

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

H.-U. Bach, Ch. Brinkmann, H. Kohler, M. Koller, H. Kridde,
L. Reyber, E. Spitznagel

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland
im Jahre 1983
– insgesamt und regional –

16. Jg./1983

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB),
90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16,
E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0;
Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983 – insgesamt und regional –

Autorengemeinschaft)*

Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich die Arbeitsmarktlage drastisch verschlechtert. Der zur Jahresmitte erhoffte Konjunkturschwung blieb aus, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war im zweiten Halbjahr sogar schlechter als im ersten. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Jahresdurchschnitt um rund eine halbe Million Personen zurück, die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg um rund 560 000 Personen auf 1,83 Mio. an.

Dabei läßt dieser Vergleich von Jahresdurchschnittszahlen noch nicht einmal voll das Ausmaß der Lageverschlechterung erkennen. Zum Jahresende betrug die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt 2,1 Mio. Personen, fast 300 000 mehr als im Jahresdurchschnitt.

Im Jahre 1983 steigt das deutsche Erwerbspersonenpotential schätzungsweise um rund 150 000 Personen an. Dies ist auf Veränderungen in der Besetzungsstärke der zu- und abgehenden Altersjahrgänge, teils auch auf langfristige Trends in der Erwerbsneigung zurückzuführen. Bei der Zahl der ausländischen Erwerbspersonen, die in der Bundesrepublik eine Arbeit aufnehmen wollen, wird für 1983 keine Zunahme mehr erwartet. Hier ist insbesondere die jüngste Umkehr des Wanderungssaldos von Bedeutung.

Das Spektrum der vorliegenden Prognosen zur Entwicklung des realen Sozialprodukts im Jahre 1983 reicht von – 1 % bis + 1 %. Für diese Spannweite weist unser Alternativentableau die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt aus.

Bei „Nullwachstum“ (Variante II, die im Mittelpunkt der Ausführungen steht) rechnen wir im Jahresdurchschnitt 1983 mit rund 2,3 Mio. Arbeitslosen. Unter den Bedingungen der Variante I (reales Sozialprodukt +1%) würde die Arbeitslosigkeit auf rund 2,2 Mio. Personen ansteigen. Geht das Sozialprodukt um 1 % zurück (Variante III), steigt die Zahl der registrierten Arbeitslosen voraussichtlich auf 2,37 Mio.

Die neuerliche Tendenz, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsförderungsgesetz wieder stärker zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit einzusetzen, ist sehr zu begrüßen. Hierin sind auch noch keineswegs die Obergrenzen erreicht.

Im Hinblick auf die Finanzierung solcher Alternativen zur Arbeitslosigkeit ist es wichtig zu beachten, daß auch Arbeitslosigkeit teuer ist. Ein Arbeitsloser verursacht gesamtfiskalisch Ausgaben und Mindereinnahmen von rund 24 000 DM pro Jahr, das sind bei 2,3 Mio. Arbeitslosen im Jahre 1983 rund 55 Milliarden DM.

Sollten sich unsere Erwartungen im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Kurzarbeit, Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung bestätigen, so wird 1983 die registrierte Arbeitslosigkeit um rund 360 000 Personen entlastet (+ 80 000 gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der Arbeitslosen dürfte entsprechend niedriger ausfallen, als dies ohne die Maßnahmen der Fall wäre. Dies wurde bei der Vorausschätzung der Arbeitslosenzahlen bereits berücksichtigt.

Allerdings darf nicht verkannt werden, daß mit dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne selbst bei intensiver Nutzung nur ein Teilbeitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems zu leisten ist. Die nun erreichte Dimension des Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt erfordert den massiven Einsatz auch aller übrigen Maßnahmen, die vor allem zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, aber auch zur freiwilligen Verringerung des angebotenen Arbeitsvolumens beitragen können.

Gliederung

1. Rückblick
2. Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1983
 - 2.1 Das Arbeitsangebot
 - 2.2 Die Arbeitsnachfrage
 - 2.3 Die Arbeitsmarktbilanz
3. Die Arbeitsmarktentwicklung in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken
4. Entwicklung und Komponenten der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit in den Jahren 1982 und 1983
5. Arbeitsmarktpolitische Aspekte

6. Die Belastung öffentlicher Haushalte durch die Kosten der Arbeitslosigkeit
7. Ausblick

1. Rückblick

Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich die Arbeitsmarktlage drastisch verschlechtert. Der zur Jahresmitte erhoffte Konjunkturschwung blieb aus, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war im zweiten Halbjahr sogar schlechter als im ersten. Dies schlug auf den Arbeitsmarkt in einem Ausmaß durch, wie hier vor Jahresfrist für den Fall einer derartigen gesamtwirtschaftlichen Konstellation vorausgeschätzt worden war. Zwar unterblieb erneut die vollständige Anpassung des Beschäftigungsvolumens an die schwache Nachfrageentwicklung, fiel also die Produktivitätssteigerung im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt abermals sehr schwach

*) H.-U. Bach, Ch. Brinkmann, H. Kohler, M. Koller, H. Kridde, L. Reyber, E. Spitznagel, sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 15. Februar 1983

aus. Auch wichen die Betriebe stark in Arbeitszeitverkürzung aus: Die Überstunden wurden erneut stark reduziert und vom Instrument Kurzarbeit wurde, zumal zum Jahresende, intensiver Gebrauch gemacht. Aber das reichte nicht hin. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Jahresdurchschnitt um rund eine halbe Million Personen zurück. Der fortgesetzte, ja beschleunigte Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft fand auch kein Gegengewicht mehr im tertiären Bereich. Das real rückläufige verfügbare Einkommen der privaten Haushalte brachte auch in den privaten Dienstleistungsbereichen die Beschäftigungsexpansion zum Stillstand. Die sich immer mehr ausbreitenden Konsolidierungstendenzen bei Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Einrichtungen bewirkten insgesamt das gleiche bei den öffentlichen Diensten.

Auf der anderen Seite flachte sich zwar der Anstieg der Zahl der Erwerbsspersonen etwas ab, weil der Wanderungssaldo von Nichtdeutschen zum Ausland nun, erstmals seit fünf Jahren, negativ ausfiel. Insgesamt aber stieg die Zahl derer, die im vergangenen Jahr zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung traten, um 210 000 Personen an. Diese doppelte Belastung – Beschäftigungsrückgang und Potentialanstieg – ließ die Zahl der nicht beschäftigten Erwerbsspersonen das ganze Jahr über drastisch ansteigen. Im Jahresmittel stieg schon die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rund 560 000 Personen auf 1,83 Mio. an.

Dabei läßt dieser Vergleich von Jahresdurchschnittszahlen noch nicht einmal voll das Ausmaß der Lageverschlechterung erkennen. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr über an, im Durchschnitt um gut 40 000 Personen pro Monat. Zum Jahresende waren – wiederum saisonbereinigt – mehr als 2,1 Mio. Personen arbeitslos, fast 300 000 Personen mehr als im Jahresdurchschnitt.¹⁾ Dieser durchschnittliche Anstieg um 40 000 Arbeitslose pro Monat wurde allerdings im Dezember durch außerordentlich günstige Witterungsbedingungen abgeschwächt. Dies ändert aber nichts an der konjunkturellen Gesamtkonstellation der anhaltenden Verschlechterung der Beschäftigungslage. Weiter unten zeigen wir, in welchem, leider recht begrenzten Maße arbeitsmarkt- und arbeitszeitpolitische Gegensteuerung 1982 gewirkt hat.

2. Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1983

Das Jahr 1983 ist durch den aufgezeigten „Überhang“ der Arbeitslosigkeit bereits vorbelastet. Die Wirtschaftsprognosen sind obendrein weiterhin sehr zurückhaltend eingestimmt. Gegenwärtig überwiegen die Einschätzungen, die auch für 1983 im Jahresdurchschnitt kein wirtschaftliches Wachstum erwarten. Verbreitet wird sogar mit einem leichten Rückgang des realen Sozialprodukts gerechnet. Dabei wird allenthalben unterstellt, daß nach der ausgeprägt rezessiven Entwicklung in der ersten Jahreshälfte ein deutlicher Aufschwung im zweiten Halbjahr eintritt.

Die Realitätsnähe solcher Erwartungen ist noch schwer abzuschätzen. Unverkennbar verstärken sich die schon seit der Mitte des vergangenen Jahres beobachteten Belebungs-tendenzen in der Bauwirtschaft im Gefolge anhaltender Zinssenkungen und anderer Anreize. Auch schlägt sich

gegenwärtig – dies war allgemein vor Jahresfrist so erwartet worden – der Vorzieh-Effekt der im Jahre 1982 in Kraft getretenen Investitionszulage in den Auftragsbüchern und damit auch in Lagebeurteilung und Erwartungen vor allem des Investitionsgütersektors nieder. Die Auftrags- und Produktionsstatistiken der nächsten Monate werden jedoch erst zeigen, ob sich hieraus eine nachhaltige und breitenwirksame Besserungstendenz ergibt. Maßgebend hierfür wird vor allem auch die weitere Entwicklung der Auslandsnachfrage sein.

Auf eine Unterteilung der Arbeitsmarktvooranschätzung nach Halbjahren wird hier verzichtet. Selbst wenn die wirtschaftliche Entwicklung den oben angedeuteten Verlauf nimmt, so ist doch nicht damit zu rechnen, daß sich dies auf dem Arbeitsmarkt in nennenswertem Umfang niederschlägt. Vielmehr ist zu unterstellen, daß in der Anfangsphase eines Aufschwungs zunächst zu einem großen Teil Produktivitätsreserven mobilisiert und Kurzarbeit abgebaut werden, während die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften hiervon weitgehend unberührt bleibt. Demzufolge ist zu erwarten, daß sich der Anstieg der Arbeitslosenzahl (saisonbereinigt) das ganze Jahr über fortsetzt, wenn auch möglicherweise mit abgeschwächter Zuwachsrate zum Jahresende hin.

2.1 Das Arbeitsangebot

Auch in diesem Jahr wird das Angebot an Arbeitskräften wachsen. Allerdings ist im Hinblick auf den jährlichen Zuwachs beim *deutschen Erwerbsspersonenpotential* eine leichte Abschwächung eingetreten. Auch hat sich der hier zu berücksichtigende Zustrom von deutschstämmigen Aussiedlern, der 1981 mit knapp 70 000 Personen einen seit Jahren nicht mehr erreichten Höhepunkt hatte, wieder vermindert (1982 knapp 50 000 Personen). Wegen Veränderungen in der Besetzungsstärke der zu- und abgehenden Altersjahrgänge, teils auch infolge des langfristigen Trends in der Erwerbsneigung, steigt die Zahl der deutschen Erwerbsspersonen 1983 schätzungsweise um rund 150 000 Personen an.

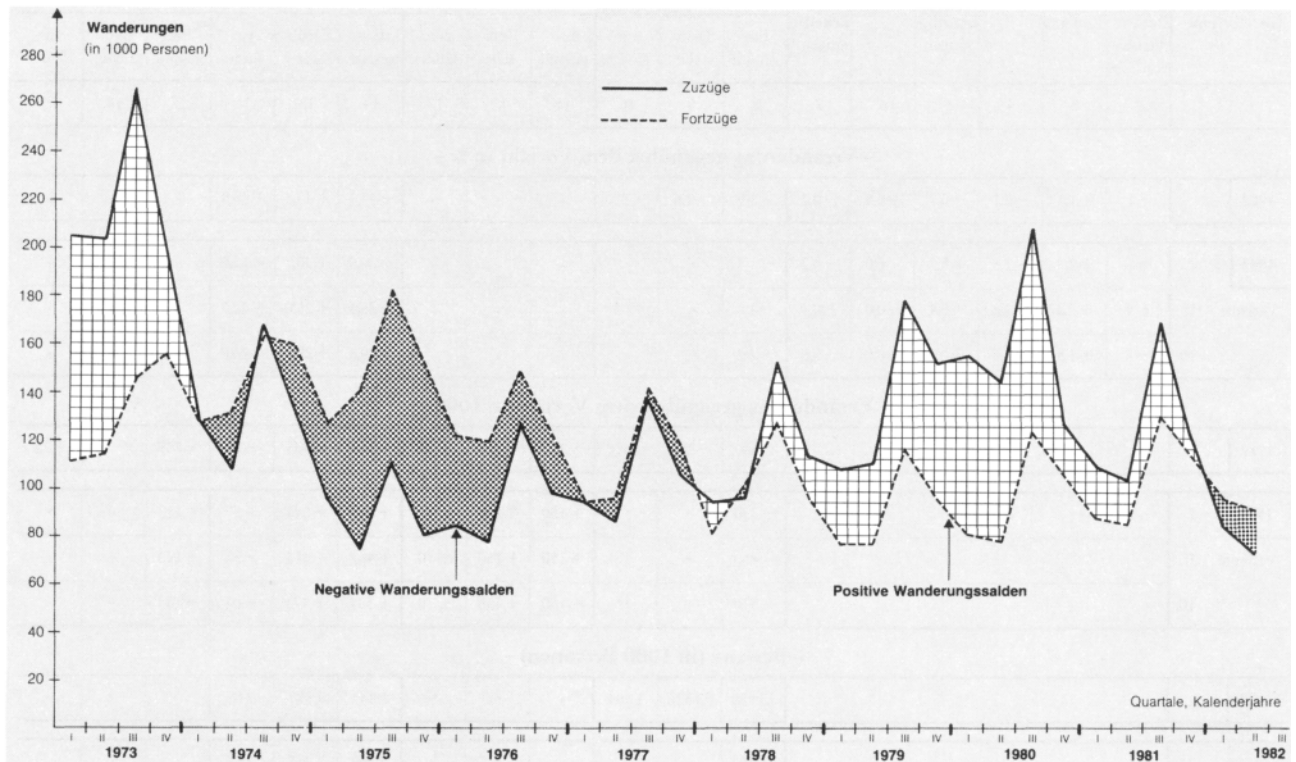
Bei der Zahl der *ausländischen Erwerbsspersonen*, die in der Bundesrepublik eine Arbeit aufnehmen wollen, wird für 1983 keine Zunahme mehr erwartet. Hier ist insbesondere die jüngste Umkehr des Wanderungssaldos von Bedeutung (Schaubild 1): Im 1. und 2. Quartal 1982 waren erstmals seit 1977 die Fortzüge von Ausländern größer als die Zuzüge (Salden: -13 000 und -19 000). Es waren vor allem Zuzüge rückläufig, aber auch die Zahl der in ihre Heimatländer zurückkehrenden Ausländer ist leicht angestiegen. Mit allen für den deutschen Arbeitsmarkt wichtigen Herkunftsländern (EG-Länder wie Italien, auch die Türkei) ergibt sich die gleiche Tendenz bei den Wanderungen.

Wie lange sich diese Netto-Abwanderungstendenz fortsetzt, und ob sie das Ausmaß erreicht, das im Zusammenhang mit der Rezession 1974/75 erreicht wurde (damals spielten auch die Auswirkungen des 1973 in Kraft getretenen Anwerbestopps und die insgesamt weniger verfestigte Struktur der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik eine Rolle), läßt sich gegenwärtig nicht überblicken. Auch ist zu beachten, daß sich die Wanderungszahlen auf die Wohnbevölkerung insgesamt und nicht nur auf Erwerbsspersonen beziehen.

Für 1983 nehmen wir an, daß per Saldo ebenso viele ausländische Erwerbsspersonen die Bundesrepublik verlassen, wie bereits hier ansässige ausländische Kinder in das Erwerbsleben hineinwachsen (jeweils gut 50 000 Personen). Insgesamt

¹⁾ Die Saisonbereinigung der Zeitreihe der Arbeitslosen macht gegenwärtig angesichts dieses ungewohnt hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit beträchtliche Schwierigkeiten. Keines der beiden gebräuchlichen Verfahren, weder das sog. additive noch das multiplikative, führt nunmehr zu einer plausiblen Eliminierung der Saisonauschläge. Die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitslosigkeit wird z. Z. am ehesten durch das arithmetische Mittel der Rechenergebnisse beider Verfahren zum Ausdruck gebracht. Auf diese Weise wurden auch die genannten Zahlen errechnet.

Schaubild 1: Wanderungen von Nichtdeutschen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Quartalen 1973 bis 1982 – Zuzüge, Fortzüge, Wanderungssalden



wird sich das Angebot an ausländischen Arbeitskräften 1983 also nicht oder nur unwesentlich ändern.

Zusammen ergibt sich hieraus für 1983 ein Anstieg des Erwerbspersonenpotentials von 150 000 Personen²⁾.

2.2 Die Arbeitsnachfrage

Die Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften hängt ab vom Wachstumstempo sowie von der Produktivitäts- und Arbeitszeitentwicklung

Das Spektrum der gegenwärtig vorliegenden Wirtschaftsprognosen für 1983 reicht – was die erwartete Entwicklung des realen Sozialprodukts betrifft – von – 1% (Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen) bis + 1% (Sachverständigenrat). Die Bundesregierung geht von gesamtwirtschaftlicher Stagnation aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das ifo-Institut und das Institut für Weltwirtschaft erwarten einen Rückgang des Sozialprodukts um 0,5%. Alle genannten Prognosen gehen dabei davon aus, daß im zweiten Halbjahr 1983 ein – mehr oder minder starker- konjunktureller Aufschwung einsetzt.

Um aufzuzeigen was die genannten Entwicklungen für den Arbeitsmarkt bedeuten können, haben wir im Alternativentableau 1983 (Tabelle 1) für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eine Spannweite von + 1 % (Variante I) bis – 1 % (Variante III) realen Wachstums einbezogen.

²⁾ Berechnungen des deutschen Erwerbspersonenpotentials basieren auf bisherigen Langfristprojektionen des IAB, die an die aktuelle Entwicklung der deutschen Wohnbevölkerung angepaßt wurden. Eine Neuberechnung, die auch die im Zusammenhang mit der Strukturberichterstattung kürzlich vom Statistischen Bundesamt revidierten Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit berücksichtigt, war bislang nicht möglich. Es werden hier deshalb auch keine absoluten Zahlen zum Erwerbspersonenpotential ausgewiesen, sondern nur die Veränderungen, die von der anstehenden Niveauanpassung nicht stark tangiert sein dürften.

Sollte die Entwicklung nach oben oder nach unten abweichen, dann muß man Zu- oder Abschläge bei den hier ausgewiesenen Arbeitsmarktdaten machen (Faustregel: 1% reales Wirtschaftswachstum mehr/weniger bedeutet rund 100 000 registrierte Arbeitslose weniger/mehr). Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht die Variante II („Nullwachstum“), die im Spektrum der vorliegenden Wirtschaftsprognosen eine mittlere Position einnimmt und der Einschätzung durch die Bundesregierung entspricht. Diese Variante wird auch in den übrigen Übersichten für 1983 zugrunde gelegt.

Die Steigerung der „Produktivität“ (reales Bruttoinlandsprodukt je geleisteter Arbeitsstunde) war schon in den vergangenen Jahren deutlich schwächer ausgefallen, als dies dem mittelfristigen Entwicklungspfad entsprochen hätte (siehe Schaubild 2). In welchem Ausmaß konjunkturelle, strukturelle oder langfristig wirksame Einflüsse hierfür ursächlich sind, ist allerdings noch nicht hinreichend geklärt.

Die volle Anpassung des Arbeitsvolumens an den vom Produktionsvolumen her bestimmten aktuellen Bedarf scheint aber unerwartet lange zu unterbleiben. Bei „Nullwachstum“ erwarten wir eine Zunahme der Stundenproduktivität um gut 2%. Gegenüber 1982 würde dies zwar eine Beschleunigung bedeuten. Trotzdem bleibt die Produktivitätsentwicklung unserer Einschätzung nach auch weiterhin unter dem in der Vergangenheit beobachteten Entwicklungspfad. Dies hängt eng zusammen mit dem hier unterstellten Jahresprofil der Konjunktorentwicklung.

Die in Variante II unterstellte konjunkturelle Belebung im 2. Halbjahr 1983 wird voraussichtlich zur teilweisen Auflösung von Produktivitätsreserven führen. Im Jahresdurchschnitt wird das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* – wie im Vorjahr – um gut 2% abnehmen. Die *jährliche Arbeits-*

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1983¹⁾

Jahres- durchschnitt	Brutto inlands- produkt, real, in Preisen von 1976	Stunden pro- duk- ti- vität	Arbeits- volumen	Tägl. Arbeits- zeit je Erwerbs- tätigen	Arbeits- tage- effekt	Jährl. Arbeits- zeit je Erwerbs- tätigen ³⁾	Erwerbstätige			Erwerbspersonen (Potential)			Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve			
							Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -																			
1982		-1	+1,1	-2,1	-0,7	+0,5	-0,2	-1,9	-1,6	-5,5	.	.	.	+44,1	+43,8	+46,4	.	.	.
1983	I	+1	+2,5	-1,5	-0,2	-0,0	-0,2	-1,3	+20,0	+20,7	+15,9	.	.	.
Variante	II	± 0	+2,2	-2,2	-0,4	-0,0	-0,4	-1,8	+25,5	+26,0	+22,0	.	.	.
	III	-1	+1,8	-2,8	-0,6	-0,0	-0,6	-2,2	+29,3	+29,8	+26,0	.	.	.
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 -																			
1982								-500	-390	-110	+210	+170	+40	+561	+483	+78	+149	+77	+72
1983	I							-330	.	.	+150	+150	± 0	+367	+328	+39	+113	.	.
Variante	II							-460	.	.	+150	+150	± 0	+467	+413	+54	+143	.	.
	III							-570	.	.	+150	+150	± 0	+537	+473	+64	+183	.	.
- Bestand (in 1000 Personen) -																			
1982								25 530	23 626	1 904	.	.	.	1 833	1 587	246	.	.	.
1983	I							25 200	2 200	1 915	285	.	.	.
Variante	II							25 070	2 300	2 000	300	.	.	.
	III							24 960	2 370	2 060	310	.	.	.

¹⁾ Schätzung

²⁾ Bei einer jahresdurchschnittlichen Kurzarbeiterzahl von 1982: 606 000; 1983 I: 600 000; 1983 II: 750 000; 1983 III: 850 000

Quelle: Eigene Berechnungen

Schaubild 2: Stundenproduktivität – Wirtschaft insgesamt

7 – Reales Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1976) je Erwerbstätigenstunde –

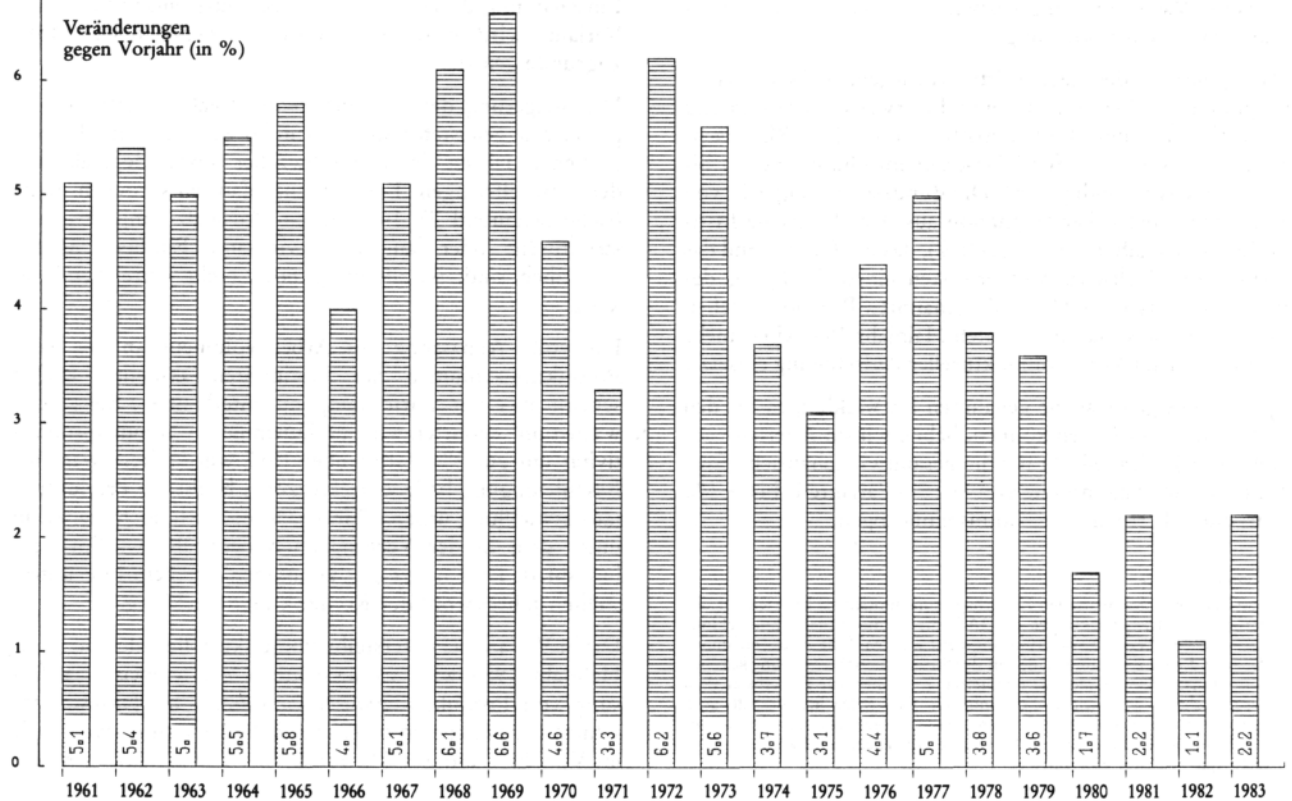


Tabelle 2: Arbeitskräftebilanz von 1970–1983 nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortskonzept)

Jahres- durchschnitt	Erwerbs- personen- potential *)	davon												
		Erwerbstätige			davon						Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve *)
					Selbständige und mithelf. Fam.-Angeh.			Beschäftigte Arbeitnehmer						
		Ins- gesamt	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
– Personen in 1 000 –														
1970	•	26 560	24 702	1 858	4 422	4 371	51	22 138	20 331	1 807	149	144	5	•
1971	•	26 721	24 537	2 184	4 211	4 155	56	22 510	20 382	2 128	185	173	12	•
1972	•	26 661	24 315	2 346	4 111	4 050	61	22 550	20 265	2 285	246	229	17	•
1973	•	26 849	24 285	2 564	4 016	3 950	66	22 833	20 335	2 498	273	253	20	•
1974	•	26 497	24 044	2 453	3 925	3 853	72	22 572	20 191	2 381	582	513	69	•
1975	•	25 746	23 614	2 132	3 796	3 725	71	21 950	19 889	2 061	1 074	923	151	•
1976	•	25 530	23 526	2 004	3 652	3 573	79	21 878	19 953	1 925	1 060	954	106	•
1977	•	25 490	23 534	1 956	3 518	3 434	84	21 972	20 100	1 872	1 030	932	98	•
1978	•	25 644	23 697	1 947	3 435	3 345	90	22 209	20 352	1 857	993	889	104	•
1979	•	25 986	23 964	2 022	3 380	3 282	98	22 606	20 682	1 924	876	783	93	•
1980	•	26 225	24 107	2 118	3 316	3 216	100	22 909	20 891	2 018	889	782	107	•
1981 ¹⁾	•	26 030	24 016	2 014	3 245	3 143	102	22 785	20 873	1 912	1 272	1 104	168	•
1982 ¹⁾	•	25 530	23 626	1 904	3 188	3 084	104	22 342	20 542	1 800	1 833	1 587	246	•
1983 ²⁾³⁾	•	25 070	•	•	3 133	•	•	21 937	•	•	2 300	2 000	300	•
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1 000 –														
1970	•	+ 332	- 112	+ 444	- 182	- 185	- 3	+ 514	+ 73	+ 441	- 30	- 32	+ 2	•
1971	•	+ 161	- 165	+ 326	- 211	- 216	+ 5	+ 372	+ 51	+ 321	+ 36	+ 29	+ 7	•
1972	•	- 60	- 222	+ 162	- 100	- 105	+ 5	+ 40	- 117	+ 157	+ 61	+ 56	+ 5	•
1973	•	+ 188	- 30	+ 218	- 95	- 100	+ 5	+ 283	+ 70	+ 213	+ 27	+ 24	+ 3	•
1974	•	- 352	- 241	- 111	- 91	- 97	+ 6	- 261	- 144	- 117	+ 309	+ 260	+ 49	•
1975	- 123	- 751	- 430	- 321	- 129	- 128	- 1	- 622	- 302	- 320	+ 492	+ 410	+ 82	+ 136
1976	- 166	- 216	- 88	- 128	- 144	- 152	+ 8	- 72	+ 64	- 136	- 14	+ 31	- 45	+ 64
1977	- 18	- 40	+ 8	- 48	- 134	- 139	+ 5	+ 94	+ 147	- 53	- 30	- 22	- 8	+ 52
1978	+ 130	+ 154	+ 163	- 9	- 83	- 89	+ 6	+ 237	+ 252	- 15	- 7	- 43	+ 6	+ 13
1979	+ 189	+ 342	+ 267	+ 75	- 55	- 63	+ 8	+ 397	+ 330	+ 67	- 117	- 106	- 11	- 36
1980	+ 257	+ 239	+ 143	+ 96	- 64	- 66	+ 2	+ 303	+ 209	+ 94	+ 13	- 1	+ 14	+ 5
1981 ¹⁾	+ 240	- 195	- 91	- 104	- 71	- 73	+ 2	- 124	- 18	- 106	+ 383	+ 322	+ 61	+ 52
1982 ¹⁾	+ 210	- 500	- 390	- 110	- 57	- 59	+ 2	- 443	- 331	- 112	+ 561	+ 483	+ 78	+ 149
1983 ²⁾³⁾	+ 150	- 460	•	•	- 55	•	•	- 405	•	•	+ 467	+ 413	+ 54	+ 143
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –														
1970	•	+ 1,3	- 0,5	+ 31,4	- 4,0	- 4,1	+ 6,3	+ 2,4	+ 0,4	+ 32,3	- 16,8	- 18,2	+ 66,7	•
1971	•	+ 0,6	- 0,7	+ 17,5	- 4,8	- 4,9	+ 9,8	+ 1,7	+ 0,3	+ 17,8	+ 24,2	+ 20,1	+ 140,0	•
1972	•	- 0,2	- 0,9	+ 7,4	- 2,4	- 2,5	+ 8,9	+ 0,2	- 0,6	+ 7,4	+ 33,0	+ 32,4	+ 41,7	•
1973	•	+ 0,7	- 0,1	+ 9,3	- 2,3	- 2,5	+ 8,2	+ 1,3	+ 0,3	+ 9,3	+ 11,0	+ 10,5	+ 17,6	•
1974	•	- 1,3	- 1,0	- 4,3	- 2,3	- 2,5	+ 9,1	- 1,1	- 0,7	- 4,7	+ 113,2	+ 102,8	+ 245,0	•
1975	•	- 2,8	- 1,8	- 13,1	- 3,3	- 3,3	- 1,4	- 2,8	- 1,5	- 13,4	+ 84,5	+ 79,9	+ 118,8	•
1976	•	- 0,8	- 0,4	- 6,0	- 3,8	- 4,1	+ 11,3	- 0,3	+ 0,3	- 6,6	- 1,3	+ 3,4	- 29,8	•
1977	•	- 0,2	+ 0,0	- 2,4	- 3,7	- 3,9	+ 6,3	+ 0,4	+ 0,7	- 2,8	- 2,8	- 2,3	- 7,5	•
1978	•	+ 0,6	+ 0,7	- 0,5	- 2,4	- 2,6	+ 7,1	+ 1,1	+ 1,3	- 0,8	- 3,6	- 4,6	+ 6,1	•
1979	•	+ 1,3	+ 1,1	+ 3,9	- 1,6	- 1,9	+ 8,9	+ 1,8	+ 1,6	+ 3,6	- 11,8	- 11,9	- 10,6	•
1980	•	+ 0,9	+ 0,6	+ 4,7	- 1,9	- 2,0	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,0	+ 4,9	+ 1,5	- 0,1	+ 15,1	•
1981 ¹⁾	•	- 0,7	- 0,4	- 4,9	- 2,1	- 2,3	+ 2,0	- 0,5	- 0,1	- 5,3	+ 43,1	+ 41,2	+ 57,0	•
1982 ¹⁾	•	- 1,9	- 1,6	- 5,5	- 1,8	- 1,9	+ 2,0	- 1,9	- 1,6	- 5,9	+ 44,1	+ 43,8	+ 46,4	•
1983 ²⁾³⁾	•	- 1,8	•	•	- 1,7	•	•	- 1,8	•	•	+ 25,5	+ 26,0	+ 22,0	•

1) vorläufig - 2) Schätzung - 3) Bei einem realen Wirtschaftswachstum von ± 0 % und einer Verringerung der jährlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen um - 0,4 %

*) Aufgrund der Revision der Erwerbstätigenzahlen ab 1970 durch das Statistische Bundesamt muß im IAB das Erwerbspersonenpotential revidiert werden. Da dies noch nicht abgeschlossen ist, können hier noch keine Daten ausgewiesen werden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

zeit je Erwerbstätigen wird 1983 bei stagnierendem Sozialprodukt um 0,4% abnehmen. Dies ist kaum auf tarifliche Faktoren und auch kaum auf einen weiteren Rückgang der Überstunden zurückzuführen, sondern zum Teil auf die höhere Zahl der Kurzarbeiter (750 000 im Jahresdurchschnitt).

Auf die Arbeitszeitentwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren gehen wir im Abschnitt 4 noch ausführlicher ein.

Aus der Entwicklung von Stundenproduktivität und durchschnittlicher Arbeitszeit bei Nullwachstum ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein Rückgang der Zahl der *Erwerbstätigen* um 1,8% (460 000 Personen).

2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Wie in den zurückliegenden Jahren wird die Arbeitsmarktbilanz 1983 also von zwei Seiten zugleich belastet: Die Zahl der Erwerbstätigen geht zurück, die Zahl der einen Arbeitsplatz suchenden Erwerbspersonen nimmt zu. Dies wird sich in erster Linie bei der registrierten Arbeitslosigkeit niederschlagen. Wir rechnen bei „Nullwachstum“ (mittlere Variante) im Jahresdurchschnitt 1983 mit rund 2,3 Mio. *Arbeitslosen*. Angesichts des eingangs erwähnten hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres bedeutet dies, daß die bis zur Gegenwart beobachtete saisonbereinigte Zunahme sich auch im Verlauf dieses Jahres fortsetzt.

Unter den Bedingungen der Variante II wird die absolute Zahl der Arbeitslosen die 2-Millionen-Schwelle im Jahresverlauf 1983 kaum je unterschreiten und zum Ende des Jahres, noch vor der eigentlichen „Spitze“ der Winterarbeitslosigkeit im Januar/Februar des darauffolgenden Jahres, die 2,5-Millionen-Grenze spürbar übertreffen.

Daneben wird auch die *Stille Reserve* zunehmen, in der mittleren Variante etwa in dem Umfang wie im Vorjahr (+ 150 000 Personen). Bestandszahlen zur Stillen Reserve können an dieser Stelle wegen der oben genannten Datenrevision³⁾ nicht ausgewiesen werden. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, in denen an dieser Stelle regelmäßig eine komplette Übersicht über Angebots- und Nachfragegrößen am Arbeitsmarkt vorgelegt wurde, muß die Arbeitskräftebilanz diesmal unvollständig bleiben (Tab. 1 und 2). Sollte das reale Sozialprodukt 1983 um 1% wachsen (Variante I), dann könnte der Beschäftigtenrückgang auf

³⁾ Vgl. Fußnote 2

- 1,3% (330 000 Personen) begrenzt werden. Ein Teil der expansiven Kräfte würde durch den dann etwas höheren Produktivitätsfortschritt und den etwas geringeren Rückgang der Arbeitszeit (- 0,2%, 600 000 Kurzarbeiter) ausgeglichen werden. Auch bei dieser vergleichsweise günstigen Konstellation würde die Arbeitslosenzahl aber beträchtlich zunehmen, und zwar im Jahresdurchschnitt auf 2,2 Millionen. Würde das Sozialprodukt 1983 um 1% schrumpfen (Variante III), dann fiel auch der Beschäftigtenrückgang erheblich stärker aus (- 2,2% bzw. 570 000 Personen). Dies setzt allerdings voraus, daß anhaltende Produktivitäts- und Arbeitszeitereserven gebildet werden. Die Zahl der Kurzarbeiter würde dann auf rund 900 000 steigen, die Zahl der Arbeitslosen auf 2,37 Millionen.

3. Die Arbeitsmarktentwicklung in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken

Die Verringerung des Realprodukts um minus 1 % im Jahre 1982 hat trotz des sehr verhaltenen Produktivitätsfortschritts in allen Regionen zu Beschäftigungseinbrüchen und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Obwohl in einzelnen Branchen und Bereichen unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten waren (relativ günstig z. B. noch im Automobilbau und im Export, besonders ungünstig im Baugewerbe), haben sich die Arbeitsmarktbedingungen in allen Teilregionen entscheidend verschlechtert. Im gesamten Bundesgebiet stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um rd. 560 000 bzw. um 44% (im Jahresdurchschnitt) an. Trotz der allgemein negativen Tendenz zeigte sich, wie schon in den Vorjahren, ein Unterschied im Entwicklungstempo in den einzelnen Regionen. So blieb der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz mit 39%, im Saarland mit 27% und in Nordrhein-Westfalen mit 40% unter dem Bundesdurchschnitt, wobei hier die Situation durch ein hohes Ausgangsniveau der Unterbeschäftigung und durch anhaltende Probleme im Montanbereich gekennzeichnet ist. Ein überdurchschnittlicher Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit ergab sich dagegen in Hessen (+ 48%), in Baden-Württemberg und Berlin (+ 50%), in Schleswig-Holstein (+ 52%) und besonders in Hamburg (+ 56%).

Tabelle 3 zeigt einen Vergleich der Vorjahresprognose mit der tatsächlich eingetretenen Entwicklung bei Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken.

Tabelle 3: Vergleich – Prognose/Ist-Entwicklung – 1982 für Arbeitslose – Arbeitslosenquoten und Strukturanteile (nach LAA-Bezirken)

Landesarbeitsamtsbezirke	Arbeitslose in 1000		Arbeitslosenquoten in %		Strukturanteile in %	
	Prognose	tatsächlich	Prognose	tatsächlich	Prognose	tatsächlich
Schleswig-Holstein - Hamburg	134	144	8,1	8,4	7,5	7,8
Niedersachsen - Bremen	280	288	9,5	9,5	15,6	15,7
Nordrhein-Westfalen	568	567	8,8	8,6	31,5	30,9
Hessen	135	139	6,1	6,2	7,5	7,5
Rheinland-Pfalz - Saarland	136	138	7,8	7,7	7,5	7,5
Baden-Württemberg	178	182	4,7	4,8	9,9	9,9
Nordbayern	157	157	8,4	8,2	8,7	8,6
Südbayern	144	148	5,9	5,9	8,0	8,1
Berlin (West)	68	69	8,4	8,7	3,8	3,8
Bundesgebiet	1800*	1833	7,5	7,5	100	100

* in der Variante III (Abnahme des realen Bruttoinlandsproduktes um - 1%) wurde die Zahl der Arbeitslosen auf 1,850 Mio. geschätzt.

Der Rückblick macht deutlich, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weitgehend richtig eingeschätzt wurde. Trotz der sehr heftigen Veränderung von 1981 auf 1982 hält sich der Prognosefehler in Grenzen.

Grundlage für die Projektion der regionalen Entwicklungen im Jahre 1983 ist die Variante II: Unter der Annahme, daß sich die konjunkturelle Entwicklung im Verlaufe des Jahres stabilisiert und das Brutto-Inlandsprodukt nicht mehr weiter schrumpft, die Produktivität um etwas über 2 Prozent ansteigt, wird das Arbeitsvolumen um 2,2% absinken, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer um schätzungsweise 440 000 abnehmen.

Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf allen regionalen Arbeitsmärkten wird außerdem durch den Anstieg des Arbeitskräftepotentials, insbesondere durch die demographische Veränderung im Altersaufbau unserer Bevölkerung vergrößert: In allen Bundesländern rücken geburtenstarke Jahrgänge ins Erwerbsleben nach. Im gesamten Bundesgebiet ist 1983 mit einer Zunahme des Erwerbspersonenpotentials um 150000 Personen zu rechnen. Von dieser zusätzlichen Belastung des Arbeitsmarktes werden lediglich das Saarland, Berlin, Hamburg und Bremen weniger getroffen. Hier tritt durch Abwanderungsverluste, in Hamburg und Bremen auch durch Abwanderung ins Umland, eine teilweise Entlastung ein. Mit einem überdurchschnittlichen Anstieg des Arbeitskräftepotentials ist vor allem in Schleswig-Holstein, aber auch in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg (trotz neuerdings negativer Wanderungssalden) zu rechnen.

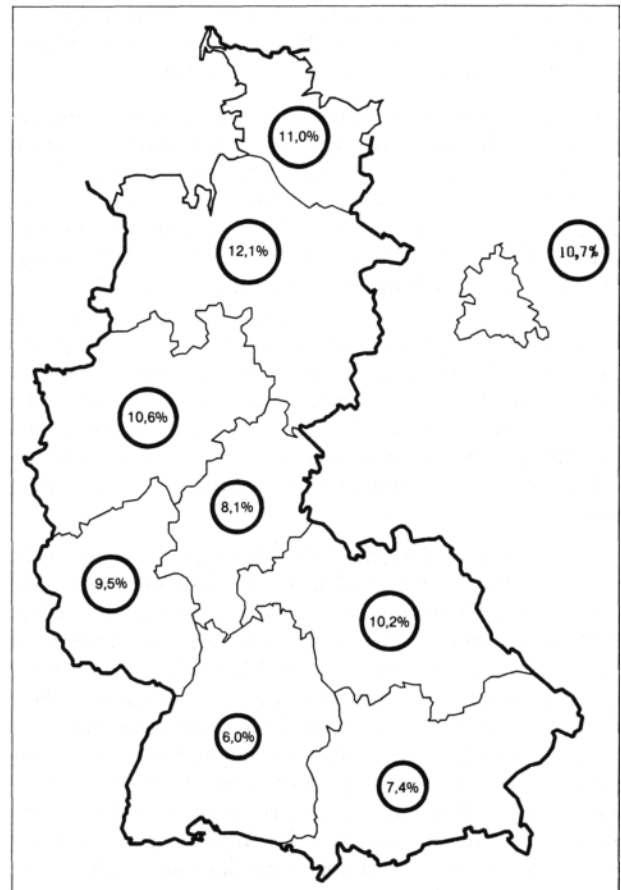
Bei dieser Konstellation ergibt sich für das gesamte Bundesgebiet ein Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit auf 2,3 Mio. Die Arbeitslosenquote wird sich im Bundesgebiet auf 9,4% erhöhen.

Schaubild 3 zeigt, daß dieser Durchschnittswert in Niedersachsen-Bremen, in Schleswig-Holstein-Hamburg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Nordbayern zum Teil noch beträchtlich überschritten wird. Lediglich in Baden-Württemberg und Südbayern stellt sich das Ausmaß der Unterbeschäftigung mit einer Arbeitslosenquote von 6% bzw. 7,4% nicht ganz so ungünstig dar.

Schon 1982 lag die Arbeitslosenquote in jedem dritten Arbeitsamtsbezirk über 10%; 1983 wird dies voraussichtlich in jedem zweiten Bezirk der Fall sein. Natürlich zeigen sich auch hier unterschiedliche regionale Verteilungsmuster: Während z. B. in Baden-Württemberg kein Arbeitsamtsbezirk diesen Wert erreichen dürfte, liegen in Schleswig-Holstein 1983 möglicherweise alle Arbeitsamtsbezirke mit Ausnahme von Bad Oldesloe darüber. Besonders problematisch dürfte sich auch die Arbeitsmarktsituation in allen drei saarländischen Bezirken darstellen. Eine ähnliche Häufung von besonders betroffenen Arbeitsamtsbezirken wird wahrscheinlich auch in Niedersachsen-Bremen zu beobachten sein (wahrscheinlich mit der Ausnahme Helmstedts). In Nordbayern und Nordrhein-Westfalen muß mit einer steigenden Zahl derart stark belasteter Arbeitsamtsbezirke gerechnet werden; viele andere Arbeitsämter werden hier, wie auch in anderen Regionen, in die Nähe dieses Schwellenwertes rücken.

Die Tabelle 4 zeigt die für 1983 geschätzte regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit auf Bundesländer und Landesarbeitsamtsbezirke (entsprechend der Variante II). Mit einem besonders starken Anstieg ist in Schleswig-Holstein und Hamburg zu rechnen, aber auch in Niedersachsen,

Schaubild 3: Arbeitslosenquoten 1983 – Prognosewerte für LAA-Bezirke



Im Bundesgebiet: 9,4%

Quelle: IAB

Tabelle 4: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1980 bis 1983

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	Arbeitslose (in 1000, gerundet)				Anstieg 1980/1983 in % (gerundet)
	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	
Schleswig-Holstein	39	60	91	120	+ 208
Hamburg	23	34	53	70	+ 204
Schleswig-Holstein-Hamburg	62	94	144	190	+ 206
Niedersachsen	122	179	259	328	+ 169
Bremen	15	20	29	37	+ 147
Niedersachsen-Bremen	137	199	288	365	+ 166
Nordrhein-Westfalen	291	403	567	700	+ 141
Hessen	61	94	139	180	+ 195
Rheinland-Pfalz	50	72	100	123	+ 146
Saarland	24	30	38	47	+ 96
Rheinland-Pfalz-Saarland	74	102	138	170	+ 130
Baden-Württemberg	81	121	182	230	+ 184
Nordbayern	74	109	157	195	+ 164
Südbayern	74	104	148	185	+ 150
Bayern	148	213	305	380	+ 157
Berlin (West)	34	46	69	85	+ 150
Bundesgebiet	889	1272	1833	2300	+ 159

1) Schätzung bei einem Wirtschaftswachstum von ± 0% (Variante II)

Hessen und Baden-Württemberg. Nicht ganz so ungünstig wird die aktuelle Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit – bei allerdings sehr hohem Ausgangsniveau und anhaltendem Problemdruck – in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz-Saarland und in Berlin eingeschätzt.

Trotz des allgemeinen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der weithin fehlenden Nachfrage nach Arbeitskräften bilden sich dabei in den einzelnen Regionen recht unterschiedliche Strukturmuster aus, zeigen sich Unterschiede im Entwicklungstempo. So wird sich in Schleswig-Holstein und Hamburg die Zahl der Arbeitslosen von 1980 bis 1983 voraussichtlich verdreifachen, im Saarland dagegen „nur“ verdoppeln. Hilfsverfahren für die Regionalprognose sind die (näherungsweise) Erfassung regionaler Umschichtungsprozesse, die Abstimmung von Bestands- und Bewegungsgrößen sowie die Analyse langfristiger Entwicklungstrends. Dies um so mehr, als bei der bisherigen Datenlage die vollständige Regionalisierung von Arbeitsmarktbalancen (Realwachstum – Produktivität – Arbeitsvolumen) nicht möglich ist.

Wie sich die Verteilung der Arbeitslosigkeit auf längere Sicht verändert hat, zeigt Schaubild 4: Der Strukturwandel hinterläßt neue Verlierer und (relative) Gewinner. Besonders auffällig ist zum Beispiel, daß sich der „Anteil“ Bayerns an der Gesamtarbeitslosigkeit seit 1962 fast halbiert hat – relativ gesehen ein sehr positiver Entwicklungstrend, der sich allerdings in Rezessionsphasen abschwächt (so auch 1982/83). Völlig anders dagegen die Entwicklung in Baden-Württemberg, wo – bei allerdings niedrigerem Ausgangsniveau – ursprüngliche Regionalvorteile verlorengehen und insbesondere in den Rezessionsphasen die Anpassung an ungünstigere Arbeitsmarktentwicklungen beschleunigt erfolgt (dabei blieb die Arbeitslosenquote 1962 mit 0,1% und 1983 mit voraussichtlich 6% immer beträchtlich unter dem jeweiligen Bundesdurchschnitt).

Zu den langfristigen Verlierern gehören auch Hessen und Nordrhein-Westfalen, wenn auch die allgemeine Konjunkturentwicklung bisher mit unterschiedlichem Tempo auf die Region durchschlug. Auch in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen gehen frühere Terraingewinne wieder verloren; der Anstieg der Arbeitslosigkeit verläuft in den letzten Jahren wieder beschleunigt – bei schon relativ hohem Ausgangsniveau.

Zwischen den Regionen findet dabei insofern ein Arbeitsmarktausgleich statt, als Länder mit einem besonders hohen Anstieg der Arbeitslosigkeitsanteile durch die Abwanderungsverluste bei Erwerbspersonen teilweise entlastet werden (z. B. Nordrhein-Westfalen und neuerdings auch Baden-Württemberg), während in den Regionen mit Wanderungsgewinnen die relativ günstigere Entwicklung dadurch nicht völlig gebrochen wird (z. B. in Bayern).

4. Entwicklung und Komponenten der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit in den Jahren 1982 und 1983

Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens ist gegenwärtig (1982 und 1983) – verglichen etwa mit den Rezessionsjahren 1974/75 – relativ mehr vom Abbau der Beschäftigtenzahl geprägt als von der arbeitsmarktpolitisch wünschenswerten Verringerung der Jahresarbeitszeit. So machte 1982 die Verringerung der Jahresarbeitszeit (arbeits-täglich bereinigt) gut ein Viertel des gesamten Volumenrück-

gangs aus. Im Durchschnitt der Jahre 1974/75 hatte dieser Anteil rd. 45% betragen. 1983 wird unserer Einschätzung nach sogar nur etwa ein Fünftel des gesamten Volumenrückgangs durch die Verringerung der Jahresarbeitszeit aufgefangen.

Ausschlaggebend hierfür ist die Erwartung, daß sich die tarifliche Jahresarbeitszeit 1983 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wohl nur noch geringfügig ändert. Während die tarifliche Jahresarbeitszeit in den Jahren zwischen 1960 und 1973 um durchschnittlich 0,9% jährlich abnahm, sank sie im vergangenen Jahr nur noch um 0,5% und wird 1983 nur noch ganz geringfügig (- 0,2%) abnehmen (Tabelle 5).

Maßgebend für die Entwicklung der *tatsächlichen* Jahresarbeitszeit 1982 waren die konjunkturellen Komponenten: Kurzarbeit und Abbau von Überstunden. Umgerechnet auf alle Arbeitnehmer verringerte sich die effektive Jahresarbeitszeit durch die hohe Inanspruchnahme der Kurzarbeitsregelung (606 000 Kurzarbeiter auf Jahresbasis) um gut 8 Stunden. Im selben Maße wurde auch die durchschnittliche Zahl von Überstunden abgebaut. Auch für 1983 ist mit einer derartigen negativen konjunkturellen Arbeitszeitdrift zu rechnen, wenn auch nicht in gleichem Ausmaß. Wir nehmen zwar an, daß die Zahl der Kurzarbeiter den Vorjahreswert sogar noch spürbar übertreffen wird, doch für die *Entwicklung* der Jahresarbeitszeit im Vorjahresvergleich schlägt dies nicht mehr so stark zu Buche. Bei der hier für den Jahresverlauf angenommenen Besserung der Wirtschaftslage ist auch nicht mehr damit zu rechnen, daß die Zahl der Überstunden insgesamt weiter verringert wird.

Gegenläufig hierzu wirkte im vergangenen Jahr die Entwicklung des Krankenstands. Die Zahl der infolge Krankheit pro Arbeitnehmer ausgefallenen Arbeitsstunden sank 1982 auf 87 Stunden, etwa 12 Stunden weniger als im Jahr davor.

5. Arbeitsmarktpolitische Aspekte

Die Arbeitslosigkeit wird 1983 ansteigen, selbst wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung im Laufe des Jahres bessert. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik bleiben folglich mehr gefordert als je zuvor. Die besondere Bedeutung, die der Arbeitsmarktpolitik in der gegenwärtigen Situation zukommt, wird auch vom „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“⁴⁾ hervorgehoben.

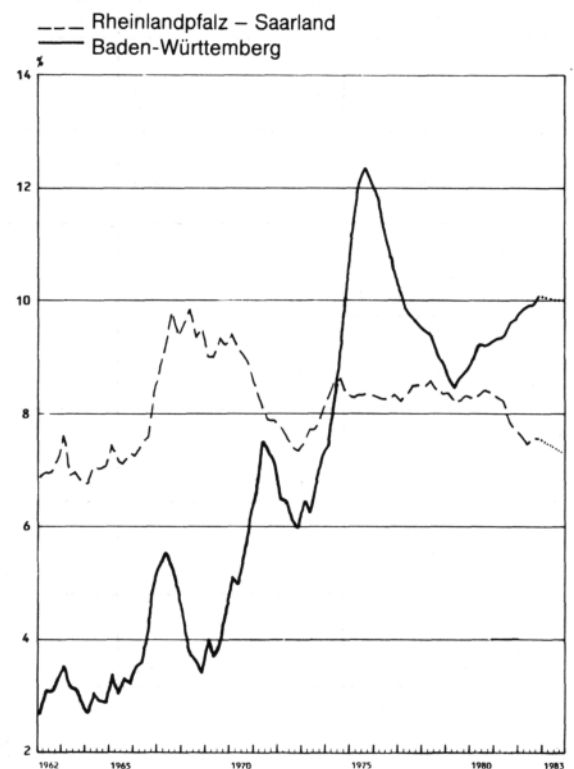
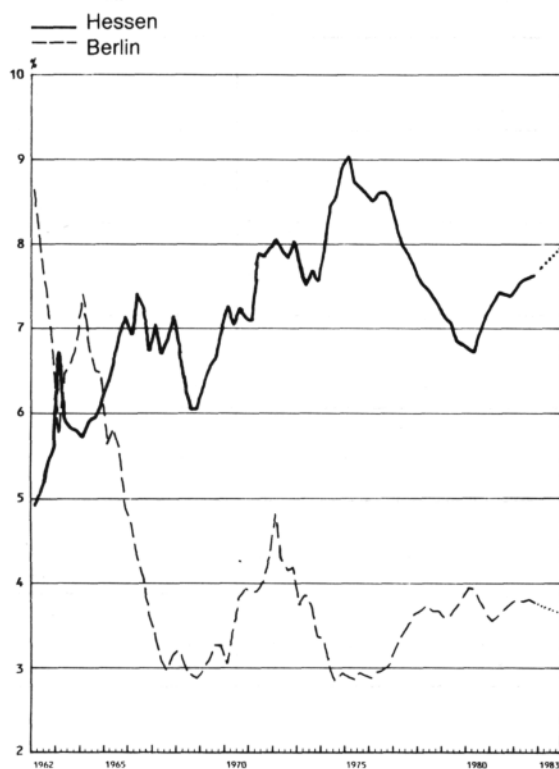
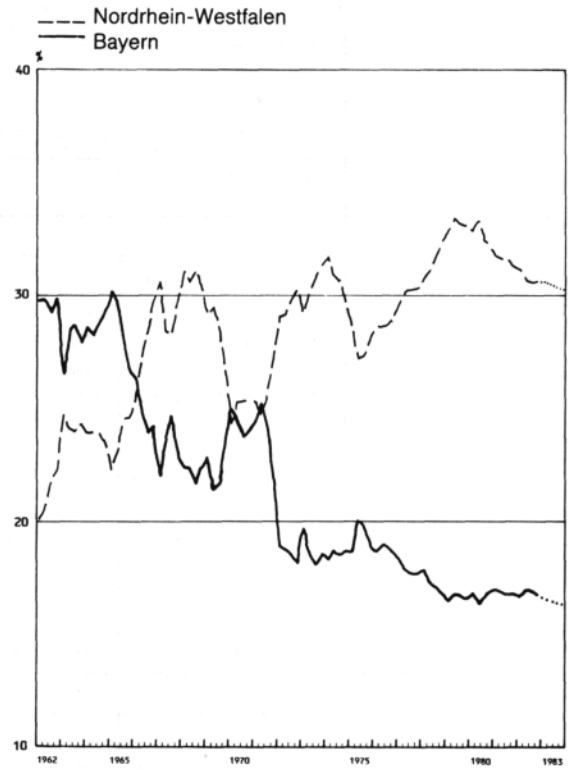
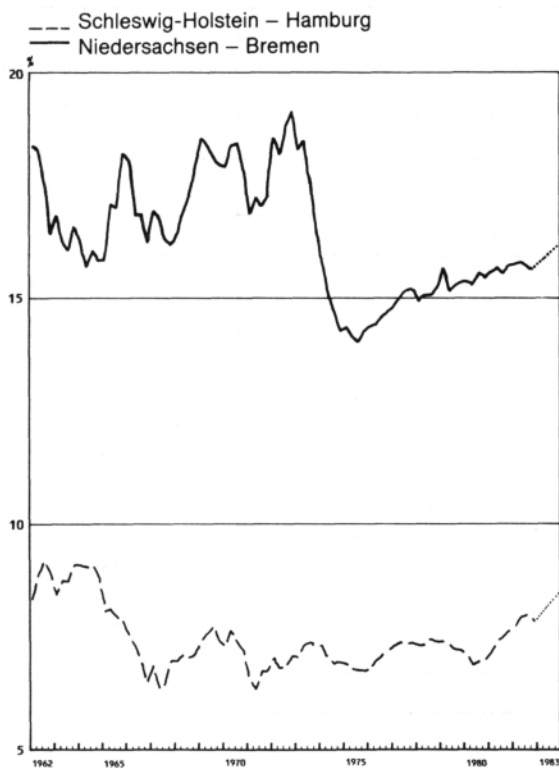
Im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BA) für 1983 wurden erhebliche Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente „Kurzarbeit“, „Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)“ und „Fortbildung und Umschulung“ bereitgestellt.

Unserer Einschätzung nach ist unter den Bedingungen der Variante II 1983 im Jahresdurchschnitt mit 750000 *Kurzarbeitern* zu rechnen. Insoweit Kurzarbeit – als spezifische Form der Arbeitszeitverkürzung – eine Alternative zur Arbeitslosigkeit darstellt, ist diese Entwicklung positiv zu bewerten: Beschäftigungsverhältnisse bleiben bestehen und eingearbeitete Kräfte bleiben den Betrieben erhalten. Da im statistischen Durchschnitt pro Kurzarbeiter rd. 1/3 der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfällt, ist den 750 000 Kurzarbeitern ein vermiedener Beschäftigungsrückgang um rechnerisch 255 000 Beschäftigte äquivalent. Davon wären jahresdurchschnittlich 180000 Personen arbeitslos geworden. Der Rest ist vor allem der Stillen Reserve zuzurechnen.

Bei den *Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)* ist mit der Bereitstellung von rd. 1,4 Milliarden DM

⁴⁾ Vgl. Jahresgutachten 1982/83, Ziffer 217 und Sondergutachten 1982, Ziffern 82 und 87 ff.

Schaubild 4: Unterschiedliche Entwicklungsmuster in den Regionen: Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit in % – seit 1962 (Quartalsdurchschnitte)



Quelle: IAB

im Haushalt der BA eine Expansion eingeleitet worden: Nachdem die Zahl der in ABM geförderten Arbeitnehmer seit 1979 Jahr für Jahr rückläufig war, soll sie 1983 erstmals wieder steigen. Der angestrebte Zielwert von 56 000 geförderten Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt liegt sogar um 10% über dem in den Jahren 1978 und 1979 erreichten bisherigen Maximum.

Um dieses arbeitsmarktpolitische Ziel zu erreichen, bedarf es angesichts des derzeitigen, vergleichsweise niedrigen Ausgangsniveaus, unvermeidlicher Anlaufzeiten der zu fördernden Maßnahmen und vereinzelt beobachteter Akzeptanzprobleme wohl beträchtlicher Anstrengungen. Ein Teil der neu zu bewilligenden Maßnahmen wird seine volle Wirkung erst im Jahr 1984 entfalten. (Entsprechend sieht der Haus-

Tabelle 5: Komponenten der Arbeitszeitverkürzung der beschäftigten Arbeitnehmer in ausgewählten Zeiträumen von 1960 bis 1983²⁾ (in Arbeitsstunden bzw. in %) *)

Zeitraum	Tarifliche Jahresarbeitszeit			Konjunkturelle Komponenten			saisonale und sonstige Ausfallstunden ⁴⁾					tatsächliche Jahresarbeitszeit ³⁾		
	Wochenarbeitszeit ³⁾	Erholungsurlaub ⁴⁾	Zusammen ³⁾	Mehr-arbeitsstunden (+) ³⁾	Kurz-arbeit (-)	Zusammen	Teilzeit-effekt (-)	Kranken-stand (-) ³⁾	Schlecht-wetter (-)	Arbeits-kämpfe (-)	Zusammen	tatsächliche Jahresarbeitszeit ³⁾	Arbeitstage-effekt ±	tatsächliche Jahresarbeitszeit ³⁾
	1	2	3 (1+2)	4	5	6 (4+5)	7	8	9	10	11	12 (3+6+7, 11)	13	14 (12+13)
Bestand in Arbeitsstunden														
1960	2 249,9	125,7	2 124,2	97,1	0,1	97,0	20,1	112,6	5,0	0,0	137,7	2 083,5		2 084
1973	2 055,3	188,5	1 866,8	151,6	1,0	150,6	54,6	112,6	8,7	0,2	176,1	1 841,3	- 13,9	1 827
1974	2 046,3	192,8	1 853,5	137,5	6,3	131,2	53,5	108,8	4,8	0,4	167,5	1 817,2	- 22,0	1 795
1975	2 025,7	195,7	1 830,0	118,6	17,9	100,7	55,9	97,6	4,9	0,0	158,4	1 772,3	- 19,4	1 753
1976	2 022,2	198,8	1 823,4	118,7	6,2	112,5	55,4	101,2	8,3	0,2	165,1	1 770,8	+ 15,2	1 786
1977	2 020,7	203,5	1 817,1	111,0	5,0	106,0	58,5	99,9	7,3	0,0	165,7	1 757,4	± 0,0	1 757
1978	2 018,6	211,3	1 807,3	108,3	4,4	103,9	58,0	101,3	8,6	2,0	169,9	1 741,3	- 8,0	1 733
1979	2 016,9	219,2	1 797,7	116,1	2,3	113,8	59,0	103,4	12,1	0,2	174,7	1 736,8	- 13,7	1 723
1980	2 016,1	226,3	1 789,8	104,2	3,6	100,6	60,5	103,8	10,0	0,1	174,4	1 716,0	- 7,1	1 709
1981 ¹⁾	2 015,1	233,4	1 781,7	95,7	8,3	87,4	61,5	98,8	12,6	0,1	173,0	1 696,1	- 10,7	1 685
1982 ²⁾	2 013,6	240,5	1 773,1	86,3	16,5	69,8	62,5	86,8	8,5	0,1	157,9	1 685,0	- 0,8	1 684
1983 ²⁾ - Variante I	2 012,1	242,7	1 769,4	87,4	15,4	72,0	63,5	87,6	7,5	•	159,1	1 682,3	- 1,6	1 681
- Variante II	2 012,1	242,7	1 769,4	86,1	19,3	66,8	63,5	86,7	7,0	•	157,7	1 678,5	- 1,6	1 677
- Variante III	2 012,1	242,7	1 769,4	84,1	22,3	61,8	63,5	85,8	7,0	•	156,8	1 674,4	- 1,6	1 673
Veränderungen ³⁾														
1960 bis 1983 ²⁾ - Var. II														
- in Arbeitsstunden	-237,8	-117,0	-354,8	-10,8	-19,2	-30,0	-43,4	+25,9	-2,0	•	-20,0	-404,8	-1,6	-407
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,5	•	- 0,8	•	•	- 1,6	•	•	•	•	- 0,6	- 0,9	- 0,0	- 0,9
1960 bis 1973														
- in Arbeitsstunden	-194,6	- 62,8	-257,4	+ 54,5	- 0,9	+ 53,6	-34,5	± 0,0	- 3,7	- 0,2	- 38,4	-242,2	- 13,9	-257
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,7	•	- 1,0	•	•	+ 3,4	•	•	•	•	+ 1,9	- 1,0	- 0,0	- 1,0
1973 bis 1983 ²⁾ - Var. II														
- in Arbeitsstunden	- 43,2	- 54,2	- 97,4	- 65,3	- 18,3	- 83,6	- 8,9	+ 25,9	+ 1,7	- 0,3	+ 18,4	-162,6	+ 12,3	-150
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,2	•	- 0,5	•	•	- 8,2	•	•	•	•	+ 1,1	- 0,9	+ 0,1	- 0,9
1980 bis 1981 ¹⁾														
- in Arbeitsstunden	- 1,0	- 7,1	- 8,1	- 8,5	- 4,7	- 13,2	- 1,0	+ 5,0	- 2,6	0,0	+ 1,4	- 19,9	- 3,6	- 24
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,1	•	- 0,4	•	•	- 13,1	•	•	•	•	•	- 1,2	- 0,2	- 1,4
1981 ¹⁾ bis 1982 ²⁾														
- in Arbeitsstunden	- 1,5	- 7,1	- 8,6	- 9,4	- 8,2	- 17,6	- 1,0	+ 12,0	+ 4,1	0,0	+ 15,1	- 11,1	+ 9,9	- 1
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,1	•	- 0,5	•	•	- 20,1	•	•	•	•	•	- 0,7	+ 0,5	- 0,2
1982 bis 1983 ²⁾ - Var. I														
- in Arbeitsstunden	- 1,5	- 2,2	- 3,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,2	- 1,0	- 0,8	+ 1,0	- 0,4	- 1,2	- 2,7	- 0,8	- 3,4
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,1	•	- 0,2	•	•	+ 3,2	•	•	•	•	•	- 0,2	- 0,0	- 0,2
1982 bis 1983 ²⁾ - Var. II														
- in Arbeitsstunden	- 1,5	- 2,2	- 3,7	- 0,2	- 2,8	- 3,0	- 1,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,4	+ 0,2	- 6,5	- 0,8	- 7
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,1	•	- 0,2	•	•	- 4,3	•	•	•	•	•	- 0,4	- 0,0	- 0,4
1982 bis 1983 ²⁾ - Var. III														
- in Arbeitsstunden	- 1,5	- 2,2	- 3,7	- 2,2	- 5,4	- 8,0	- 1,0	+ 1,0	+ 1,5	- 0,4	+ 1,1	- 10,6	- 0,8	- 11
- jahresdurchschnittl. in % ⁵⁾	- 0,1	•	- 0,2	•	•	- 11,5	•	•	•	•	•	- 0,6	- 0,0	- 0,6

*) Geringe Differenzen durch Runden von Zahlen

1) Vorläufig

2) Schätzung; Veränderungen des realen Bruttoinlandsprodukts 1982/83: Variante I + 1%, Variante II ± 0%, Variante III - 1%

3) arbeitstägig gegenüber dem Basisjahr 1960 bereinigt

4) Zunahmen an Erholungsurlaub, Kurzarbeit, Teilzeitbeschäftigung, Krankenstand, Schlechtwetter und Arbeitskämpfe bewirken für die Entwicklung der tatsächlichen Jahresarbeitszeit Abnahmen und umgekehrt

5) Jahresdurchschnittliche Veränderung im entsprechenden Zeitraum

Quelle: IAB

haltsplan vor, daß ein Teil der zur Bewilligung verfügbaren Gesamtmittel erst im Haushaltsjahr 1984 abfließen wird.)

Auf jeden Fall ist die Expansion im ABM-Bereich positiv zu bewerten, weil sie eine zunehmende Entlastung des Arbeitsmarktes aufgrund expansiver Impulse verspricht.

Vereinfachend wird hier unterstellt, daß der Zielwert (56 000 geförderte Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt 1983) erreicht wird. Aufgrund von Einkommens-, Verbrauchs- und Vorleistungswirkungen ist die gesamte Beschäftigungswirkung höher, als es die Zahl der geförderten Arbeitnehmer anzeigt.

Tabelle 6: Beschäftigungswirkung und Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Jahren 1975 – 1983 auf Jahresbasis (Jahresdurchschnitte)

Maßnahmart	Inanspruchnahme										Beschäftigungswirkung ¹⁾										Entlastungswirkung (Minderung der Arbeitslosenzahl) ¹⁾									
	Personen in 1 000										Personen in 1 000										Personen in 1 000									
	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ¹⁾			
1. Kurzarbeit ²⁾	773	277	231	191	88	137	347	606	750	223	96	55	50	29	46	108	202	255	147	63	36	33	19	30	72	141	179			
2. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) ³⁾	16	29	38	51	51	41	38	29	56	41	75	72	90	86	68	63	46	85	30	58	61	77	75	59	55	40	75			
3. Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung ⁴⁾	127	97	65	63	73	91	111	120	125	127	97	65	63	73	91	111	120	125	93	76	54	52	60	74	92	103	109			
Summe 1. – 3.	916	403	334	305	212	268	493	755	931	391	268	192	203	188	204	293	368	465	270	197	151	162	154	162	219	284	363			
										Beschäftigungsveränderung, Gesamtwirtschaft										Arbeitslose, Gesamtstand										
										-889 -233 - 40+188+338+222-180 -500 -460										1074 1060 1030 993 876 889 1272 1833 2300										

1) Schätzung; 1983: Veränderung des realen BIP ± 0 (Variante II)

2) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Hans-Rolf Flechsenhar: Kurzarbeit – Strukturen und Beschäftigungswirkung, in: Mitt AB 3/1979.

3) Zu den methodischen Grundlagen der Schätzung vgl. Eugen Spitznagel: Globale und strukturelle Auswirkungen von Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), Beitr AB 45. Es ist unterstellt, daß kompensierende Produktivitäts- und Arbeitszeiteffekte nicht auftreten.

4) Fortbildung und Umschulung, ohne Einarbeitung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

Bei konjunkturell bedingter Unterauslastung des Arbeitskräftebestands wird ein Teil der sekundären Wirkungen erfahrungsgemäß durch die Mobilisierung von Auslastungsreserven (z. B. durch höhere Arbeitsintensität oder weniger Kurzarbeit) absorbiert. Deshalb haben wir bei der Schätzung dieser zusätzlichen Beschäftigungswirkungen einen niedrigeren Multiplikator als in den Vorjahren unterstellt.

Die Förderung von 56000 vorher arbeitslosen Arbeitnehmern bewirkt demnach einen zusätzlichen Beschäftigungseffekt von 29 000 Arbeitnehmern. Der Gesamtbeschäftigungseffekt beträgt demnach 85000 Personen. Die *geförderten* Arbeitnehmer waren vorher alle arbeitslos. Die Entlastungswirkung tritt hier also in voller Höhe ein. Von den zusätzlichen Beschäftigungswirkungen sind erfahrungsgemäß rd. 70% als Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit zuzurechnen. Insgesamt wird durch ABM im Jahr 1983 unter den hier getroffenen Annahmen die Arbeitslosigkeit somit um rd. 75 000 Personen entlastet.

Bei den Vollzeitmaßnahmen zur Fortbildung und Umschulung wurden finanzielle Mittel bereitgestellt, die es erlauben, 10000 Arbeitnehmer mehr als ursprünglich geplant durch die Gewährung von Unterhaltsgeld zu fördern. Insgesamt wird im Jahresdurchschnitt 1983 mit 125000 Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung gerechnet. In dieser Größenordnung liegt auch die dadurch mögliche Entlastung der Arbeitslosigkeit (109000).

Sollten sich die Erwartungen im Hinblick auf die Inanspruchnahme der genannten drei arbeitsmarktpolitischen Instrumente der BA bestätigen, so wird 1983 die registrierte Arbeitslosigkeit um schätzungsweise rd. 360000 Personen entlastet. Der Entlastungseffekt ist damit um rd. 80000 höher als noch 1982 (vgl. Tabelle 6).

6. Die Belastung öffentlicher Haushalte durch die Kosten der Arbeitslosigkeit

Die Kosten und die Finanzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen nimmt weiter breiten Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Immer deutlicher wird, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit einzubeziehen sind, wenn es um die Beur-

teilung von Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Programmen geht. Diese Kosten sind vielfältiger Art und belasten als Ausgaben und/oder Mindereinnahmen direkt oder indirekt die öffentlichen Haushalte. Auf die Gefahren, die sich hieraus für die Stabilität des Systems öffentlicher Finanzwirtschaft und sozialer Sicherung ergeben, wurde mehrfach, auch vor Jahresfrist an dieser Stelle, bereits hingewiesen.

Erfreulicherweise scheint sich das Denken und Planen in Beschäftigungs- und Kostenäquivalenten allmählich durchzusetzen. Es werden von verschiedenen Einrichtungen vermehrt Untersuchungen darüber angestellt, in welchem Umfang sich einzelne Maßnahmen oder ganze Programme infolge von daraus resultierenden Minderausgaben und Mehreinnahmen selbst finanzieren können.

In diesem Zusammenhang sind die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit wichtig. Hierzu wurden vom IAB in der Vergangenheit wiederholt und im Zusammenhang mit unterschiedlichen Aspekten Berechnungen vorgelegt. Aufgrund von Gesetzesänderungen, die 1983 wirksam werden und die die Kosten und ihre Verteilung nach Kostenarten und betroffenen Haushalten beeinflussen werden sowie aufgrund von strukturellen Änderungen ist eine *Neuschätzung der Kosten der Arbeitslosigkeit* angezeigt. Die wichtigsten kostenwirksamen Änderungen sind:

- Höhere Beitragssätze zur Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung,
- Bemessung der Rentenbeiträge für Arbeitslose am Arbeitslosengeld bzw. an der Arbeitslosenhilfe,
- höherer Anteil unter den Arbeitslosen, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe beziehen.

1983 ist gesamtfiskalisch mit Ausgaben und Mindereinnahmen von rd. 24000 DM pro Arbeitslosen und Jahr zu rechnen. Höher – bei 29 000 DM – liegt dieser Betrag bei den Arbeitslosengeldempfängern, die knapp die Hälfte der Arbeitslosen ausmachen. Höher – bei 26 000 DM – liegt er auch bei den Arbeitslosenhilfeempfängern. Sie stellen 17% der Arbeitslosen. Deutlich unter dem Durchschnitt – mit

15 000 DM – liegen die Kosten der Nicht-Leistungsempfänger,⁵⁾ die statistisch rd. 1/3 der Arbeitslosen ausmachen.⁶⁾

Die 2,3 Mio. Arbeitslosen, die wir für 1983 in der Variante II der Alternativrechnung erwarten, verursachen bei BA, Bund, Ländern, Gemeinden, Kranken- und Rentenversicherungsträgern Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von zusammen rd. 55 Milliarden DM. Die Verteilung der Gesamtkosten nach Kostenarten und nach betroffenen Haushalten zeigen die folgenden Übersichten:

<i>Verteilung nach Kostenarten</i>		
Ausgaben	Mrd. DM	%
Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe	17,9	32,6
Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung für Arbeitslose	8,2	14,9
Sozialhilfe und Wohngeld	1,4	2,6
<i>Mindereinnahmen</i>		
Direkte Steuern	9,9	18,0
Indirekte Steuern	3,4	6,2
Beiträge zur BA	2,9	5,3
Beiträge zur Krankenversicherung	2,8	5,1
Beiträge zur Rentenversicherung	8,4	15,3
insgesamt	54,9	100

Die Gesamtkosten sind also je zur Hälfte Ausgaben und Mindereinnahmen. Lediglich ein Drittel der Gesamtkosten fließt in Form von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an die Arbeitslosen als Transfereinkommen.

Die folgende Übersicht zeigt, daß die Hauptlast der Gesamtkosten von der BA getragen wird (wenngleich über die Zuschußpflicht indirekt auch der Bund beteiligt ist).

<i>Verteilung auf betroffene Haushalte</i>		
	Mrd. DM	%
Bundesanstalt für Arbeit (BA)	23,2	43,3
Bund	12,6	23,0
Länder	5,0	9,1
Gemeinden	2,9	5,3
Krankenversicherung	2,8	5,1
Rentenversicherung	8,4	15,3
insgesamt	54,9	100

⁵⁾ Ein großer Teil der Berufsanfänger und derjenigen, die ihre Berufstätigkeit längere Zeit unterbrochen haben, sowie die zuvor Erwerbstätigen, deren Versicherungszeiten nicht ausreichen und Arbeitslose, deren Anspruch auf Leistungen bereits ausgeschöpft ist.

⁶⁾ In dieser haushaltsstatistischen Betrachtung liegt der Anteil der Leistungsempfänger (rund 67%) an allen Arbeitslosen unter dem Anteil, der sich tatsächlich ergibt, wenn man diejenigen hinzurechnet, die zu einem Stichtag jeweils (mit Aussicht auf Erfolg) einen Antrag auf Leistungen gestellt haben.

⁷⁾ So ist im Hinblick auf den weiterhin zu erwartenden Anstieg des Erwerbspersonenpotentials selbst bei günstigen Wachstumsalternativen in den 80er Jahren kein Abbau, tendenziell sogar eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Vgl. QuintAB I, Wachstum und Arbeitsmarkt. Perspektiven 1990-2000, 2. Nachtrag, Nürnberg 1982.

An zweiter Stelle steht der Bund. BA und Bund zusammen tragen zwei Drittel der Gesamtkosten. Die Steuermindereinnahmen sind dabei anhand der Beteiligungsquoten bei den einzelnen Steuerarten auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt.

Erheblich belastet wird vor allem auch die Rentenversicherung: Einmal durch die Beitragsausfälle bei Arbeitslosen, die keine Leistungen beziehen und für die weder von der BA noch vom Bund Beiträge geleistet werden. Zum anderen wirkt sich hier aus, daß ab 1983 die Beiträge zur Rentenversicherung für Leistungsempfänger nicht wie bisher am Bruttoentgelt, sondern am Arbeitslosengeld bzw. an der Arbeitslosenhilfe bemessen werden. Allein für Arbeitslosengeldempfänger ergeben sich aus dieser Neuregelung im Jahr 1983 Beitragsausfälle bei der Rentenversicherung in Höhe von rd. 3 Mrd. DM.

Die zusätzlichen finanziellen Belastungen, die bereits 1983 aus der Arbeitslosigkeit erwachsen, lassen erkennen, daß auf längere Sicht bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit die öffentlichen Haushalte kaum im Gleichgewicht zu halten sind. Dies ist bei der Diskussion um beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stets im Auge zu behalten.

7. Ausblick

Die neuerliche Tendenz, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wieder stärker zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit einzusetzen, ist sehr zu begrüßen. Hierin sind auch noch keineswegs die Obergrenzen erreicht. Insbesondere auf dem Gebiet der beruflichen Fortbildung und Umschulung wäre im Hinblick auf die gegebenen Qualifikationsdefizite und zur Erleichterung der laufenden Anpassung der beruflichen Qualifikationen an den technologischen Wandel der Berufswelt eine beträchtliche Ausweitung wünschenswert. Auch bleibt das Volumen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das ja nun nach jahrelangem Rückgang gerade erst wieder das Niveau der späten 70er Jahre erreichen soll, spürbar hinter dem zurück, was bei der hohen Arbeitslosigkeit geboten wäre. Anzustreben ist schließlich auch eine noch stärkere Nutzung des Kurzarbeitsinstruments, zumal dies unmittelbar zur Stabilisierung der Beschäftigtenzahl beiträgt.

Dennoch darf nicht verkannt werden, daß mit dem Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne selbst bei intensiver Nutzung nur ein Teilbeitrag zur Lösung des Beschäftigungsproblems zu leisten ist. Die nun erreichte Dimension des Ungleichgewichts am Arbeitsmarkt erfordert den massiven Einsatz auch aller übrigen Maßnahmen, die vor allem zur Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, aber auch zur freiwilligen Verringerung des angebotenen Arbeitsvolumens beitragen können.

Schließlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß die wiederholt vom IAB vorgelegten Projektionen von Angebots- und Nachfrageentwicklung auf dem Arbeitsmarkt für die nächsten 10-15 Jahre⁷⁾ bereits von der Annahme einer spürbaren Verkürzung der Jahresarbeitszeit um fast 1% pro Jahr ausgehen. Tatsächlich ist der Arbeitszeitrückgang in den letzten Jahren jedoch geringer gewesen. Daraus wird ersichtlich, welche arbeitszeitpolitischen Anstrengungen gerade in Zeiten anhaltend schwachen Wirtschaftswachstums erforderlich sind.